

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 8. Mai 2008

Kronberger Kreis begrüßt Staatsfonds

Mit dem Titel seiner neuen Studie greift der Kronberger Kreis eine derzeit häufig gestellte, emotional aufgeladene Frage auf: „Staatsfonds: Muss Deutschland sich schützen?“ Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft beantwortet diese Frage mit einem klaren Plädoyer für offene Märkte, auch gegenüber Staatsfonds aus Schwellenländern. Zudem verweist er auf vorhandene Instrumente wie die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle. Nach sorgfältiger Analyse nennt der Kronberger Kreis die Abwehrargumente „wenig überzeugend“.

Der Kronberger Kreis warnt in seiner neuesten Publikation vor einer Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes, welches eine Genehmigungspflicht für Übernahmen inländischer Unternehmen oder für Kapitalbeteiligungen durch ausländische Investoren vorsieht. Die neuen Kontrollmöglichkeiten der Behörden richten sich gegen ausländische Staatsfonds (etwa aus China oder anderen Schwellenländern), denen weniger Renditestreben als vielmehr politisch-strategische Kontrollinteressen unterstellt werden.

Aus ökonomischer Perspektive lohne sich für Deutschland als Kapitalimportland eine handelsrechtliche Liberalisierung, auch wenn andere Länder ihren Markt nicht (vollkommen) für ausländische Investoren freigeben. Der Kronberger Kreis warnt in diesem Zusammenhang dringend vor der Preisgabe des Leitbilds eines freien Kapitalverkehrs. Er verweist auf offene Anlagemärkte als Grundlage für die effiziente Nutzung von Kapital. Diese ermöglichten „mehr Produktion und mehr Beschäftigung“ in allen beteiligten Ländern.

Neue Regulierungsinstrumente zum Schutz der öffentlichen Ordnung und nationalen Sicherheit öffneten „die Tür zur wirtschaftspolitischen Willkür mit [...] selektiven Investitionsprotektionismus und viel Rechtsunsicherheit im Gefolge“, so der Kronberger Kreis. Die Kosten solcher Maßnahmen sieht er in der nachhaltigen Abschreckung ausländischer Investoren sowie der Ansiedlung ihrer Investitionen in Länder, die ohne Angst vor Staatsfonds ihre Chance zu nutzen wissen.

Die Studie „Staatsfonds: Muss Deutschland sich schützen?“ greift diffuse, unbegründete Ängste vor fremden Investoren auf. Das Gefahrenbild für die nationale Sicherheit hält der Kronberger Kreis indes für stark verzerrt. Gleichwohl sei eine geringe Transparenz bei den einzelnen Investitionsvehikeln festzustellen, welche alsbald als alleinige Rechtfertigungsgrundlage für neue industriepolitische Maßnahmen herangezogen wird. Die tatsächlichen Zusammenhänge der Investitionsmuster sowie der wirkliche Umfang des Anlagekapitals in den größten staatlich kontrollierten Fonds werden in der Schrift offen gelegt.

Ausländische Fonds seien Unternehmen im kartellrechtlichen Sinne. Die Fusionskontrolle durch das Bundeskartellamt oder die Europäische Kommission böten daher einen umfassenden Schutz vor Marktmissbrauch. Solange der Wettbewerb gewahrt bleibe, so der Kronberger Kreis, können andere Ziele als die Wünsche der Nachfrager – hierzu sind auch strategisch-politische Unterwanderungen zu zählen – kaum verfolgt werden. Die Offenheit der internationalen Märkte ermöglichten Wettbewerb, welcher der Stabilität und Sicherheit Deutschlands einen weitaus größeren Dienst erweise als es staatliche Investitionskontrollen jemals vermöchten.

Staatsfonds: Muss Deutschland sich schützen?

Schriftenreihe Band 48

Autoren: Juergen B. Donges, Johann Eekhoff, Wolfgang Franz, Clemens Fuest, Wernhard Möschel, Manfred J.M. Neumann (Kronberger Kreis)

Ihr Ansprechpartner:

Dr. Carl Dominik Klepper
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Telefon 030 – 20 60 57 - 34
Fax 030 – 20 60 57 - 57
E-Mail: klepper@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de